Die Studentenrevolte 1968 in Tübingen

Zwischen »revolutionärer Taktik« und »pseudorevolutionärem Treiben«

Das Universitätsarchiv Tübingen verwahrt mit seiner Sammlung studentischer Flugblätter und Periodika der Jahre 1967 bis 2010 einen historischen Schatz, den es für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Studentenrevolte 1968 noch zu bergen gilt: Die unzähligen Flugschriften der Sammlung entfalten einen Kosmos schonungsloser Gesellschaftskritik, revolutionärer Rhetorik, radikaler Forderungen und vielfältiger Protestkultur. *Nicht durch Mehrheit zum revolutionären Kampf, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit*, so wird Rosa Luxemburg in den *Roten Notizen*, dem Publikationsorgan des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen zitiert (Universitätsarchiv Tübingen S 3/64, Rote Notizen Nr. 6, 19.5.1969). Die revolutionäre Rhetorik der Flugschriften und Periodika steht freilich in einem merkwürdigen Kontrast zum begrenzten Rückhalt der radikalen Linken innerhalb der Studierendenschaft, zum eher gemäßigten Vorgehen der Revoltierenden und nicht zuletzt zu den überschaubaren direkten Effekten der Proteste an der Tübinger Universität. Ein anonymes *Anti–SDS–Flugblatt* vom 2. Juli 1969 charakterisiert die Tübinger Revolte sogar als *pseudorevolutionäres Treiben einer radikalen, terrorbesessenen Minderheit*. Was war die Studentenrevolte 1968/69 in Tübingen also: *revolutionärer Kampf oder pseudorevolutionäres Treiben?* Für den Unterricht eröffnen die Archivalien des Universitätsarchivs die didaktische Chance eines differenzierten Blicks auf 1968.

Ein veränderter Blick auf die Studentenrevolte

Die Studentenrevolte um das Jahr 1968 steht als zentrale Wegmarke für tiefgreifende Veränderungsprozesse in der Geschichte der alten Bundesrepublik. *Im Kern war Achtundsechzig ein Protest gegen traditionelle Autorität und Hierarchie, um individuelle Freiheitsspielräume auszudehnen und neue Lebensstile zu ermöglichen*, so Christina von Hodenberg von der Queen Mary University of London (von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig, S. 188). Damit rücken die Vorgänge um 1968 auch in den Fokus des Bildungsplans, der Liberalisierungs– und Partizipationsbestrebungen als einen der beiden Schwerpunkte des Geschichtsunterrichts im Basisfach 12.1 definiert.

In den letzten Jahren hat sich die wissenschaftliche Sicht auf die westdeutsche Studentenrevolte verändert. Im Lichte neuerer Studien erscheint sie weniger als Anstoß für grundlegende Veränderungen, dafür aber weit mehr als Teil und Ausdruck mittel– und langfristiger Veränderungsprozesse, die zum Zeitpunkt der Revolte bereits voll im Gange waren. Im Ganzen war *1968*, so urteilt der Mannheimer Protestforscher Philipp Gassert, *mehr Indikator als Motor des Wandels*. Die Agierenden der Proteste der späten 1960er–Jahre seien *weniger Katalysator als Epiphänomene der Modernisierung* gewesen. Gassert plädiert, davon ausgehend, mit Nachdruck für eine Historisierung der Erinnerung an 1968, um die *erinnerungskulturelle Überformung* der Studentenrevolte historisch aufzuarbeiten.

1968 war weit mehr als Rudi Dutschke, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) und Kommune 1. Die Meinungsführerschaft der radikalen Linken an den Universitäten stand stets auf dünnem Eis, sie war zudem zeitlich begrenzt. Die Mehrheit der Studierenden votierte für Reformen, nicht für eine Revolution. Dennoch konstatiert Gassert den starken Einfluss radikaler linker Kräfte in Berlin und Frankfurt auf das gesellschaftliche Bild von *1968*. Deren Selbstdarstellung sei an einer *medienhistorischen Schwellensituation* von den Medien dankbar aufgegriffen worden. Sie habe schließlich sogar in die Geschichtsschreibung Eingang gefunden (Gassert, Das kurze »1968« zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur, S. 103–130).

1968 war weit weniger Zäsur als noch vor Jahren angenommen. Und dennoch gilt: Die Studentenrevolte leistete einen gewichtigen Beitrag zur *Selbstverständigung* (Gassert, Bewegte Gesellschaft, S. 130) innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft vor dem Hintergrund eines gewaltigen Demokratisierungsschubs in der Nachkriegszeit.

M 1 Go-in: Studierende besetzen am 25.5.1968 das Tübinger Rathaus und fordern von Oberbürgermeister Gmelin die Genehmigung für den Einsatz eines Lautsprecherwagens bei Demonstrationen.

Aufnahme: Alfred Göhner / Stadtarchiv Tübingen

Vorlage: Universitätsarchiv Tübingen S 19/66-5 Nr. 2

Tübingen 1968

An der württembergischen Universität Tübingen schlugen die Wogen des Protestes um 1968 hoch. Eine vom ehemaligen Leiter des Universitätsarchivs Michael Wischnath zusammengestellte Chronik zeichnet das Bild turbulenter Jahre an der Hochschule (Studentenbewegung und studentischer Protest in Tübingen >1968<, bearb. von Wischnath). Wie an anderen Orten führten der Tod Benno Ohnesorgs im Juni 1967 und der Anschlag auf Rudi Dutschke im April 1968 auch in Tübingen zu einer deutlichen Politisierung und Mobilisierung der Studierendenschaft. Auch in Tübingen heizten die Proteste gegen das Schah–Regime im Iran, die militärische Intervention der USA in Vietnam, die Notstandsgesetze, das Agieren des Springer–Verlags und die geplante Hochschulgesetzgebung das politische Klima an der Universität auf. Mit Schweigemärschen, Demonstrationen, Kundgebungen, Blockade–Aktionen, Besetzungen, Go–ins, Sit–ins, Teach–ins und Vorlesungsstreiks setzten die Tübinger Studierenden Mittel des Protestes ein, die wir auch von anderen Hochschulorten kennen. Als Tübinger Spezifika können insbesondere eine Blockadeaktion vor dem Tübinger Amerika–Haus im Februar 1968 (als Protest gegen das militärische Engagement der USA im Vietnam–Krieg) und die Besetzung der Räumlichkeiten des Luftschutzhilfsdienstes in der Wilhelmstraße im Juni 1968 (als Protest gegen die Studienbedingungen) gelten. Beiden Aktionen folgten Gerichtsprozesse, die von den Studierenden zu öffentlichkeits– und medienwirksamen Protesten genutzt wurden und den Einsatz von Hunderten von Polizisten erforderten.

Als Höhepunkt der Tübinger Revolte kann zum einen der von der studentischen Vollversammlung beschlossene Vorlesungsstreik gegen die geplante Notstandsgesetzgebung gelten, an dem sich zwischen dem 28. und 30. Mai 1968 allerdings lediglich etwa ein Viertel der Tübinger Studierenden beteiligten. Ein Jahr später, am 25. Juni 1969, beschließt die Vollversammlung der Tübinger Studierenden erneut einen Vorlesungsstreik – diesmal zunächst unbefristet. Er richtet sich gegen die Regierungsvorlage zum Landeshochschulgesetz, gegen die Einführung eines neuen Ordnungsrechts an den Hochschulen und die geplante Auflösung der ASten. Bestimmte universitäre Bereiche sollten, so eine Forderung der Akteure, zukünftig der Kontrolle des Staates komplett entzogen werden.

Auch in Tübingen ereignete sich also *1968*. Auch in Tübingen war die Kritik an Politik, Staat, Gesellschaft und Kultur radikal. Diese Kritik stand aber in Kontrast zum oft eher gemäßigten Vorgehen der Studierenden. Bei den Wahlen zum Studentenparlament im Juni 1968 zeigte sich, dass ein Großteil der Hochschülerinnen und Hochschüler den radikalen politischen Wortführern des SDS nicht folgte: Zwar gewannen linke Gruppierungen eine deutliche Mehrheit in der Studierendenvertretung. Lediglich fünf der insgesamt 27 Sitze konnten jedoch von der radikalen Linken (dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund und der Studentischen Linken) errungen werden – angesichts der unangefochtenen Wortführerschaft des SDS, die sich nicht zuletzt auch an der Fülle an Flugschriften erkennen lässt, ein enttäuschendes Ergebnis für jene Kräfte, die einen revolutionären Umsturz anstrebten. Auch die Wahlbeteiligung von 62,4 Prozent passt nicht so recht in das Bild einer durch und durch politisierten Studierendenschaft.

Bernd Jürgen Warneken, später Professor für Empirische Kulturwissenschaft am Ludwig–Uhland–Institut der Universität Tübingen, war 1968 mitten im Geschehen. Als besonders eindrückliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen revolutionärer Rhetorik einerseits und dem oft weitaus gemäßigteren Vorgehen der Studierenden andererseits beschreibt er das Verhältnis der Revoltierenden zur Polizei: Im Laufe der Zeit hätten sich die *Rädelsführer* der Proteste und die Einsatzleiter der Tübinger Polizei gekannt. Es sei zu Absprachen gekommen – wie etwa derjenigen, dass am Mittwochnachmittag nicht demonstriert werden sollte, weil zu dieser Zeit der bei den Polizisten beliebte Polizeisport stattfand. Der örtliche Polizeipräsident sowie die Tübinger Rektoren jener Jahre fuhren einen durchaus gemäßigten Kurs gegenüber den Protestierenden und versuchten zu schlichten. Handfeste Zusammenstöße ereigneten sich folgerichtig vor allem dann, wenn in Tübingen auswärtige Polizisten eingesetzt wurden (Warneken, Subzentrum der Revolte, S. 168–171).

In dieses Bild passt auch eine Anekdote, die Herta Däubler–Gmelin, später Bundesministerin der Justiz, erzählt. Ihr Vater Hans Gmelin stand als Tübinger Oberbürgermeister ganz besonders im Fokus der studentischen Kritik, weil er in nationalsozialistischer Zeit als Diplomat an der deutschen Botschaft in der Slowakei tätig gewesen war. Am 25. Mai 1968 besetzten Studierende das Rathaus und forderten von Oberbürgermeister Gmelin die Genehmigung für den Einsatz eines Lautsprecherwagens bei Demonstrationen. Das gesamte Treppenhaus des frisch renovierten Rathauses sei, so Herta Däubler–Gmelin, vollgepackt gewesen mit Studierenden. Mittendrin Hans Gmelins Frau, neben ihr ein Student, der sich anschickte, seinen Zigarettenstummel auf der (ebenfalls frisch renovierten) Treppenstufe auszudrücken. Die vorwurfsvolle Frage *Machet Se des dahoim au?* habe ausgereicht, um den Zigarettenstummel wieder in der Schachtel verschwinden zu lassen. Noch Jahre später habe Herta Däubler–Gmelins Mutter von den *netten Studenten im Rathaus* erzählt (Tübinger Revolten 1848 und 1968, hg. von Kuckenburg/Setzler,/Warneken, S. 86f.).

In Tübingen trennen nur wenige Wochen Höhepunkt und Abflauen der Proteste. Nach den Semesterferien, im Herbst 1969, findet der auf unbegrenzte Zeit angesetzte Vorlesungsstreik ein schnelles und unerwartetes Ende. Die nun abflauenden Proteste stehen in einem merkwürdigen Kontrast zur aufgeheizten Atmosphäre des Widerstands gegen die geplante Hochschulgesetzgebung wenige Wochen zuvor. Die Revolte neigt sich damit in Tübingen unerwartet schnell ihrem Ende zu.

Fragt man nach der Erfolgsbilanz der Tübinger Revolte, so gilt es zu differenzieren. Direkte institutionell–strukturelle Effekte gehen von den Protesten kaum aus. Die Geschicke der Universität werden weiterhin vor allem von den Hochschullehrenden bestimmt, die Demokratisierung der Universität bleibt weitgehend aus. 1976 wird das Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Im Zuge der Anpassung des baden–württembergischen Hochschulgesetzes verliert der Allgemeine Studentenausschuss jedes Mitspracherecht, die Verfasste Studierendenschaft wird abgeschafft.

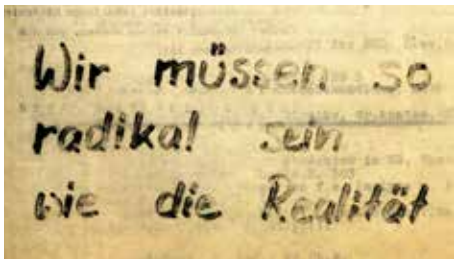
Dennoch dürfen die indirekten Wirkungen der Revolte nicht unterschätzt werden. Vor allem in den Geistes– und Sozialwissenschaften verändern sich mittelfristig Lehrinhalte, und auch die Umbenennung mehrerer Institute ist ein Indiz für eine veränderte Geisteshaltung an der Universität. Für Bernd Jürgen Warneken ist es in Tübingen weniger die Studentenbewegung, es sind vor allem die Studentenbewegten, die weiterwirken und dafür sorgen, dass sich längerfristige Entwicklungen beschleunigen, verstärken und modifizieren. Hierzu zählen auch die vielen Bürgerinitiativen, die in der Folgezeit entstehen, und das Aufblühen einer *Alternativkultur*, die Tübingen geradezu als einen Hotspot der Neuen Sozialen Bewegungen erscheinen lasse (Warneken, Mein 68 begann 65, S. 181, und: Ders., Subzentrum der Revolte, S. 182).

M 2 Parolen auf Flugblättern und in Periodika des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen. Periodika sind Druckwerke, die in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.

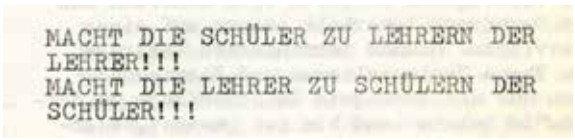
Vorlage: Universitätsarchiv Tübingen.
1: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 3 (30.6.1969);
2: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 6 (4.7.1969);
3: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 7 (7.7.1969);
4: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 8 (8.7.1969);
5: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 11 (11.7.1969);
6: S 3/64, Rote Notizen, Streik-Info Nr. 11 (11.7.1969),
7: S 3/64, Rote Notizen o.N. (16.4.1969);
8: S 3/64, Rote Notizen Nr. 6 (19.5.1969);
9: S 3/64, Rote Notizen Nr. 8 (11.6.1969);
10: S 3/64, Rote Notizen Nr. 9 (23.6.1969);
11/12/13/14/15: S 3/64, Rote Notizen Nr. 9 (23.6.1969);
16: S 4/193, Flugblatt des AStA zum Vietnamkrieg und zur Niederschlagung des Prager Frühlings (21.8.1968);
17: S 4/345, Flugblatt des AStA zum Hochschulgesamtplan (11.6.1969);
18: S 4/345, Flugblatt des AStA (7.2.1969)

1

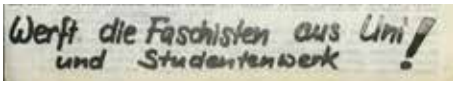
2



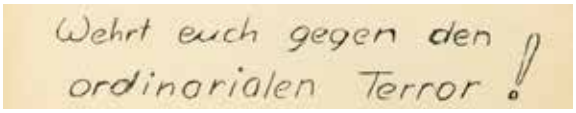
3



4

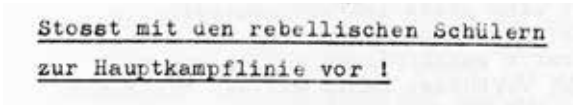


5

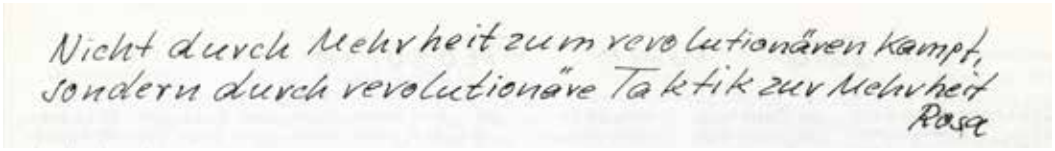


6

7



8



9

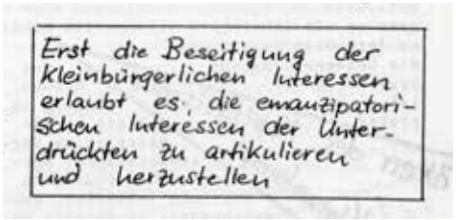
10

11

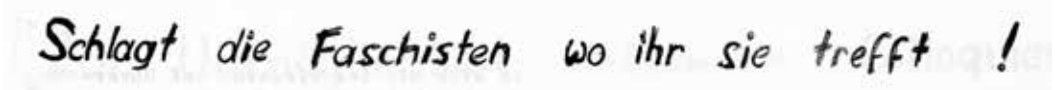
12

13

14

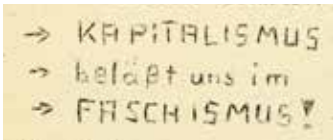


15

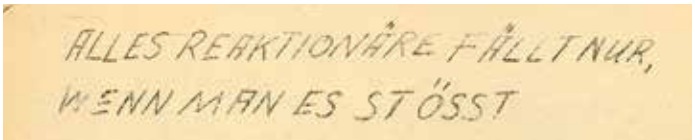


16

17



18



M3

Nieder mit dem SDS - diesen Pinselonanisten !!!

Anti - S D S - Flugblatt

2.7.69

An alle Lern- und Studierwilligen Studenten der Universität Tübingen!

Wie lange wollen wir eigentlich noch dem pseudorevolutionären Treiben einer radikalen, terrorbesessenen Minderheit an unserer Universität unbewegt zuschauen? Eine Gruppe, die gewaltsam anderen ihre Gesellschaftstheorie aufzwingen will, hat den Anspruch auf den Minderheitenschutz verloren; sie muß es in Kauf nehmen, daß man ihr mit den gleichen Mitteln entgegnet.
Wie lange noch wollen wir dulden, daß diese Clique ihr Unheil treibt, indem den wahren studentischen Interessen zuwider Vorlesungen gestört, Klausuren verhindert, der Lehrbetrieb lahmgelegt wird? Wenn schon die Universitäten überfüllt sind, dann kann man nicht noch hergehen und zusätzlich chaotische Zustände schaffen.
Kommilitonen, merkt Ihr eigentlich nicht, wie Ihr manipuliert werdet?
Diese Streikaktion, von der Mehrheit der Studenten als Protest gegen die geplante Hochschulgesetznovelle verstanden, wurde vom SDS und seinen Anhängern dahingehend umfunktioniert, daß man neue Formen des Lehrbetriebs erprobt. Wir wollen uns aber nicht von langhaarigen, verzottelten Gestalten einen Lehrbetrieb aufzwingen lassen; die Genossen maßen sich an, selbst Scheine auszustellen, Ziele wissenschaftlicher Arbeit neu zu bestimmen und Studienpläne zu entwerfen, ohne überhaupt eine einzige Qualifikation oder Legitimation dazu nachgewiesen zu haben, außer der, daß sie eine gewisse Perfektion im Brüllen, Tomatenwerfen und Radaumachen an den Tag legen.
Den radikalen Existenzen muß endlich das Handwerk gelegt werden, im Interesse aller lernwilligen Studenten, die es nicht hinnehmen, daß sie am Ende des Semesters um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden sollen, weil die Hansels eine Scheinausgabe unmöglich machen. Dieser Streik nützt den Studenten überhaupt nichts! Im Gegenteil, nur ihren eigenen Anliegen wird damit geschadet!
Noch haben wir selbst die Chance, die Genossen kaltzustellen.
Stimmt sie nieder auf der Vollversammlung, diese subversiven Elemente!!!
Stimmt gegen den Streik, Kommilitonen, damit ist Euch am meisten gedient!
Es wird Zeit, daß diese Leute von der Hochschule verschwinden, damit endlich Vertreter der Studenten, die sich auf eine wirkliche und nicht bloß manipulierte Mehrheit stützen können, Gelegenheit haben, in sachlicher Form in den entscheidenden Gremien vernünftige Reformen durchzusetzen; wir wollen keine sozialistische Gesellschaft, sondern ordnungsmäßiges Studium! Wer will es den Professoren verübeln, wenn sie sich bisher nicht mit diesen Gestalten eingelassen haben? Wir wollen geregelten Lehrbetrieb, keine Revolution!!!

N i e d e r m i t d e m S D S

M 3 Ein anonymes Flugblatt vom 2. Juli 1969 (SDS =Sozialistischer Deutscher Studentenbund).

Vorlage: Universitätsarchiv Tübingen S4 / 185

M 4 Wie weit waren die Studierenden bereit zu gehen? Bernd Jürgen Warneken erinnert sich. Bernd Jürgen Warneken war als Student an der Tübinger Universität, wie er selbst es formuliert, »Zuschauer und Mithandelnder« der Studentenrevolte. Später lehrte er am Tübinger Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft.

Vorlage: Bernd Jürgen Warneken: Subzentrum der Revolte. 1968 in Tübingen. In: 1968 – Verdichtung des Wandels und globaler Moment. Hg. von Jan Eckel und Georg Schild. Tübingen 2019. S. 168–171.

M4

*Insgesamt […] lief in Tübingen vieles ruhiger, überlegter und friedlicher ab als anderswo. Um dies zu erklären, lässt sich auf mehrere Faktoren verweisen. Zum einen standen der studentischen Anhängerschaft der offensiv linken, der radikalen Protestbewegung an der Tübinger Universität mindestens ebenso starke sozialdemokratische, liberale und vor allem konservative Gruppen gegenüber. Revolutionärer Übermut entwickelte sich leichter in den Metropolen, zum Beispiel in Berlin, wo eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg im Februar 1968 auf etwa 15000 Teilnehmer*innen kam. »[E]s ist außerordentlich schwer«, so kommentierte Theodor W. Adorno damals treffend, »in der Bewegung eines sehr bestimmten Sektors, der etwas wie Massenbasis vortäuscht, sich das Bewusstsein dessen zu erhalten, wie schmal diese Basis ist«. Zum andern bedeutete die relative Überschaubarkeit von Universität und Stadt eine »hohe soziale Kontrolle und Nähe (man kennt sich)«, die geeignet war, »Konflikten die äußerste Spitze zu nehmen« – so der Tübinger Erziehungswissenschaftler Ulrich Herrmann. In vielen Instituten ging es zwar patriarchalisch, aber zugleich relativ familiär zu. Die Studierenden wohnten zumeist bei Tübinger Wirtsleuten zur Untermiete und waren oft Stammkunden der Geschäfte und Kneipen in der Innenstadt. Und nach zwei, drei Demonstrationen kannten die Einsatzleiter der Tübinger Polizei die sogenannten Rädelsführer und kamen mit ihnen ins Gespräch. Es gab Absprachen wie etwa die, dass am Mittwochnachmittag nicht demonstriert werden sollte, weil zu dieser Zeit der bei den Polizisten beliebte Polizeisport stattfand. Dennoch ereigneten sich zuweilen handfeste Zusammenstöße, vor allem wenn auswärtige Polizisten aus Hechingen oder Göppingen eingesetzt wurden.*

Es waren aber nicht nur äußere Rahmenbedingungen wie die kleinstädtische Nähe, die mäßigend wirkten. Vertreter beider Seiten bemühten sich immer wieder, Eskalationen zu vermeiden. Das galt auch für die Leitfiguren des Tübinger SDS, der z. B. nach den Osterunruhen 1968, die in München zwei Tote gefordert hatten, eine Kundgebung abhielt, bei der er Gewalt gegen Personen ablehnte und den eigenen Leuten eine bessere Gewaltprävention abforderte. Der örtliche Polizeipräsident Karl Heuer wiederum fuhr ebenfalls keine harte Linie, und die Tübinger Rektoren dieser Jahre begegneten, zum Ärger mancher Ordinarien, den Protesten nicht unnachgiebig, sondern suchten zu schlichten, was viele auf der studentischen Linken durchaus zu honorieren wussten.

In der Hochzeit der Revolte amtierte der Jurist Ludwig Raiser als Rektor. Er profilierte sich immer wieder als Vermittler, etwa indem er die harten erstinstanzlichen Urteile gegen einige Tübinger Straßenblockierer kritisierte und sich ihnen als Strafverteidiger anbot. Dennoch drangen im Januar 1969 etwa 150 Leute ins Rektorat vor. Der Aktion war ein heftiger Polizeieinsatz in den Räumen des AStA an der Universität Heidelberg vorausgegangen, bei dem mehrere Studierende verletzt worden waren. Die Okkupanten wollten Raiser nun eine Distanzierung von seinem Heidelberger Kollegen abringen, der von diesem Polizeieinsatz gewusst hatte. Raiser sah das Vorgehen gegen die Heidelberger Studierendenvertretung zwar kritisch, wollte aber erst nach Räumung seines Amtszimmers Stellung nehmen. Die Aktivisten standen daraufhin etwas verlegen herum, es war eng und heiß, ein Student brachte dem Rektor eine Cola, die Presse meldete später »viel Heiterkeit auf beiden Seiten«. Keiner der Universitätsvertreter rief die Polizei. Oberpedell Rudolf Günther ermahnte die ins Rektorat Vordringenden lediglich, mit dem Mobiliar pfleglich umzugehen – es sei schließlich »Volkseigentum«. Die Studierenden hielten sich daran. Nach drei Stunden zogen sie ab, nachdem sie mit Raiser ein anschließendes Teach–in im Festsaal verabredet hatten.

Didaktisches Potenzial für den Unterricht

Wie revolutionär war *1968* in Tübingen? M2 bis M4 bieten die didaktische Chance, dieser Frage kriteriengestützt nachzugehen, indem die Lernenden nach der Radikalität der Kritik und Zielsetzungen, nach der Radikalität des konkreten Vorgehens und nach der Breitenwirkung des revolutionären Protestes innerhalb der Studierendenschaft fragen.

M2 bietet eine Zusammenstellung von Parolen in Periodika und auf Flugblättern des Allgemeinen Studentenausschusses Tübingen, die die Lernenden im Tandem inhaltlich bzw. sprachlich untersuchen können. Die inhaltliche Analyse fragt nach in den Parolen zugespitzten Kritikpunkten und Zielsetzungen. Die sprachliche Analyse untersucht die sprachlichen Mittel der Parolen, mithilfe derer die Studierendenschaft für die eigenen Ziele gewonnen werden soll. Hier können die Lernenden bereits zu einer ersten Einschätzung im Hinblick auf Aggressivität und Militanz der gewählten sprachlichen Mittel kommen. In einer anschließenden Gruppenarbeit werden je zwei Tandems zusammengeführt. Diese tauschen sich über das Ergebnis ihrer inhaltlichen und sprachlichen Analyse aus und treffen anschließend ein Urteil, inwieweit die Parolen Schlüsse über die Radikalität der Studierenden zulassen.

Eine zweite Phase widmet sich den Grenzen des studentischen Protestes. Mit M3, einem anonymen *Anti–SDS–Flugblatt* vom 2. Juli 1969, lernen die Schülerinnen und Schüler eine studentische Gegenposition kennen. Auch diese lässt sich inhaltlich und sprachlich analysieren. Zunächst arbeiten die Lernenden heraus, mit welchen Argumenten der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die treibende Kraft der Studentenrevolte, anlässlich des gegen die geplante Hochschulgesetzgebung beschlossenen Vorlesungsstreiks kritisiert wird (inhaltliche Analyse). Die sprachliche Analyse untersucht M3 im Hinblick auf rhetorische Mittel zur Diskreditierung des SDS.

Bernd Jürgen Warneken, später Extraordinarius für Volkskunde am Tübinger Ludwig–Uhland–Institut für Empirische Kulturwissenschaft, war in den späten 1960er–Jahren als Student selbst Zeuge und Akteur der Revolte. In M4 wirft er Schlaglichter auf das konkrete Vorgehen der Protestierenden. Seine Schilderungen bieten Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage, wie weit die revoltierenden Studierenden in Tübingen bereit waren zu gehen. Die Lernenden arbeiten heraus, welche Ursachen Warneken für den weitgehend friedlichen Verlauf der Revolte in Tübingen benennt. Sie diskutieren, ob die Studierenden durch das gemäßigte Vorgehen ihre eigenen Ideale verraten haben.

Die Ergebnisse der drei Materialanalysen werden für eine abschließende Beurteilung des revolutionären Charakters der Vorgänge in Tübingen zusammengeführt. Dabei differenzieren die Lernenden zwischen revolutionärem Anspruch, revolutionärer Rhetorik, dem konkreten Vorgehen und den Effekten der Revolte. Abschließend gilt es zu fragen, welche Informationen für eine umfassende Beurteilung noch fehlen. In diesem Zusammenhang kann die Lehrkraft auch auf die Ergebnisse der Wahlen zum Studentenparlament im Juni 1968 und auf die erfolgreichen bzw. ausbleibenden kurz– und mittelfristigen Effekte der Revolte in Tübingen verweisen.

Literaturhinweise

Philipp *Gassert*: Das kurze »1968« zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er–Jahre. In: H-Soz-Kult, 30.04.2010, https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/fdl-136818 (letzter Aufruf: 11.11.2025).

Philipp *Gassert*: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart 2018.

Christina *von Hodenberg*: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte. München 2018.

Studentenbewegung und studentischer Protest in Tübingen >1968< – Eine Chronik. Bearb. von Michael *Wischnath*. Tübingen 2009.

Tübinger Revolten: 1848 und 1968. Hg. von Michael *Kuckenburg*, Wilfried *Setzler* und Bernd Jürgen *Warneken*. Tübingen 2018.

Bernd Jürgen *Warneken*: Mein 68 begann 65. Eine Tübinger Retrospektive. Tübingen 2018.

Bernd Jürgen *Warneken*: Subzentrum der Revolte. 1968 in Tübingen. In: 1968 – Verdichtung des Wandels und globaler Moment. Hg. von Jan *Eckel* und Georg *Schild*. Tübingen 2019. S. 159–184.

✱ Markus Fiederer

Markus Fiederer ist Lehrer für Geschichte und katholische Religion am Martin-Heidegger-Gymnasium Meßkirch sowie Fachberater Unterrichtsentwicklung für Geschichte und Landeskundebeauftragter am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, Regionalstelle Tübingen.